

Sehr geehrte Frau Zull, Herr Brinker, sehr geehrte Zuhörer

Was tun, wenn es dem Haushalt so gut geht wie nie zuvor?

Nur eines nicht: Jammern: Nein, dazu haben wir keinen Grund. Auch wenn es selten laut gesagt oder deutlich in die Gemeinderatsvorlagen geschrieben wurde: Dieses Jahr sind viele ja wirklich viele Anträge der Grünen umgesetzt wurden bzw. in Umsetzung sind

:

Stromnetzeinkauf

Baulückenkataster

Gutachten zur Energiesanierung des HoGys

Springbrunnen Stadthallenpark

Internet-Vermarktung von Grundstücken

Zarte Triebe auf dem Weg zu einer Gestaltungssatzung wie Werbesatzung,...

Radwegekonzept

Verkehrskonzept Innenstadt

Citybuslinien (Urheberrecht bei Lokaler Agenda)

Energiegenossenschaft EnGF

regionalen Windkraftanlagen durch die EVF

Fairer Handel (Friedhofsatzung, Fair-Trade-Einkaufsführer,
um nur einige zu nennen

Und trotzdem hat auch der Kämmerer Recht, wenn er die Gefahr sieht, dass in guten Zeiten die schlechtesten Haushalte gemacht werden. Also, gar keine Anträge stellen oder warten bis es uns wieder schlechter geht?

Nein, denn die Anträge, die wir stellen, sind einfach notwendig und vor allem langfristig vorteilhaft.

Notwendig, weil sie der regionalen Wirtschaft zu Gute kommen

Notwendig weil sie das Klima schonen

Notwendig weil sie dem Selbstbewusstsein unserer Stadt und unserer Bürger dienen

Notwendig weil sie das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt fördern

Notwendig weil sie sie z. B. dem demografischen Wandel Rechnung tragen und in die Zukunft weisen

Notwendig weil sie der gestiegenen Mobilität den Weg weisen.

Wir Grüne sind für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Verkehrsteilnehmer in der Kernstadt. Das Verkehrskonzept Innenstadt geht in eine richtige Richtung: Ob ein gleichberechtigtes Miteinander mit Tempo 20 möglich ist, wird sich aber noch zeigen müssen. Wir jedenfalls wollen und beantragen, dass noch mehr verkehrsreduzierte Bereichen in der Stadt und den Ortskernen ausgewiesen werden.

Die vom Landkreis angestoßenen Maßnahmen zur **Neuen Mobilität** wollen wir fortführen. Das Radwegekonzept - von uns bereits 2006 beantragt - trägt erste Früchte, wie das neue Fahrradparkhaus, sanierte Radwege und besser ausgeschilderte Radwegerouten. Und auch die für 2012 beantragten Bushaltestellen „Hauptstraße/Schillerplatz“ und „Bergfeld/Planckweg“ entlang der neuen Citybuslinien 92 kommen. Ergänzt um Maßnahmen zur Elektromobilität und Carsharingsmaßnahmen im Stadtgarten und Stauferpark-Süd wird daraus tatsächlich ein ‚Konzept für eine neue, eine bessere Mobilität‘. Gut, dass das geänderte Landesgemeindefinanzierungsgesetz auch solche im Vergleich zum Straßenneubau kleinere Maßnahmen unterstützt, die viel näher am Bürger sind und auch für kleinere Geldbeutel erschwinglich sind und die allen Verkehrsteilnehmern zu gute kommen.

Dem Bahnhofsvorplatz kommt als Drehscheibe der Mobilität eine besondere Bedeutung zu.

Park&Ride, bessere Fußgängeranbindung an den ZOB - und das auf Grundlage des von uns beantragten **Architektenwettbewerbs**. Darum muss es gehen und nicht um neue Seifenblasen wie ein Verwaltungszentrum am Bahnhof.

Nach dem Weggang von Frau Noller war zunächst einmal Katerstimmung angesagt. Sie hat mit Veranstaltungsreihen zur Stadtentwicklung vieles angeregt. Wenn nun die **Stadtbildsatzung** auf die lange Bank geschoben wird, muss der Gemeinderat eben handeln. Wir dürfen uns als Gemeinderat das Heft nicht aus der Hand reisen lassen, wie beim Verkauf des Gebäudes Guberan. Nicht umsonst tre-

Christoph Weber, Keplerstr. 68, 73035 Göppingen

Fraktionsvorsitzender

Seite 1 / 12

ten wir ein für **mehr Architektenwettbewerbe** und fordern den **Gestaltungsbeirat**, welcher die Stadt bei wichtigen Vorhaben wie bei den Apostelhöfen beraten muss. Die Grundstücke des ersten Bauabschnitts gehören der Stadt und die Stadtplanung darf nicht zu Kurz kommen. Deshalb von uns einen **Antrag auf Architektenwettbewerb für den ersten Bauabschnitt der Apostelhöfe**.

Es geht hier nicht um Verzögerung, sondern darum, dass nicht wie beim Bleichstraßencenter von dem Kriterienkatalog, den der Gemeinderat einmal beschlossen hat, immer weniger übrig bleibt. Wäre es denn nicht gerade jetzt an der Zeit, Herrn Schenavsky auf eine evt. **kleinere Göppinger Lösung** anzusprechen, bei der die einzelnen Gebäudeteile für sich entwickelt würden?

A propos **Göppinger Modell**: Auch um das Hotel im Park ist es ruhiger geworden. Nicht allein wegen des Bürgerentscheids, vielmehr an den Forderungen des Investors an die Stadt bezüglich einer Tiefgarage und weil die sog. Synergieeffekte zwischen Stadthalle und Hotel nicht kommen werden. Warum nicht ein **Hotel bei der EWS-Arena und den Babarossa-Thermen oder am Bahnhofsvorplatz** statt eines Verwaltungszentrums. Da haben wir die Synergieeffekte. Lasst uns beantragen, dass die Stadt eine **Projektentwicklung** beauftragt, die die **Standorte Barbarossathermen/EWS-Arena und Bahnhofsvorplatz** untersucht sowie Investor und Betreiber zusammenbringt.

Nun zu einem weiteren Highlight unserer Stadt - dem **Hohenstaufen**. Schauen Sie doch mal droben vorbei. Nein, nicht wegen meines Kürbiseintopfs. Von uns aus kann's auch was Gegrilltes sein. Aber, da liegt die Krux: Der Grill soll nämlich weg, sagt das Baurechtsamt. Und zwar weil sonst dem Hohenstaufen die Aberkennung des UNESCO-Kulturerbes droht! Da muss Herr Till bitte ein Machtwort sprechen - zu dieser Provinzposse.

Mit dem Bau der modernen Berggaststätte „**Himmel und Erde**“ und Maßnahmen wie den Audioguides ist ein anderer moderner Geist auf dem Hohenstaufen eingezogen. Da muss auch ein Schriftzug vor der Gaststätte angebracht werden dürfen, wo dies drauf steht.

Übrigens gut, dass in Zeiten des **demografischen Wandels** auch ältere Menschen die Möglichkeit habe, durch Kleinbusse auf den Hohenstaufen zu kommen.

Zum GRÜNEN-Antrag 2013 „Erstellung eines Demografie-Berichts“ hat die Stadt mit dem Sozialbericht eine sehr gute Grundlage für eine Sozialplanung geschaffen. Die eigentlichen Maßnahmen zur Sozialplanung wollten wir Ihnen im Sozialausschuss gleich mit auf den Weg geben. Das war Ihnen dann doch zu schnell. Also noch einmal. **Mit Anträgen aus dem Sozialbericht gehen wir ein gutes Stück in diese Richtung**. Dabei geht es eben nicht nur um eine Versüßung des Alterwerdens. Denn, vergessen wir es nicht: Bereits 2020 sind laut Sozialbericht mehr als 25 % der Menschen älter als 60. Da brauchen wir andere Infrastrukturen, Sicherheit im Straßenverkehr, in der Sozialwirtschaft und auch bei der Immobilienwirtschaft und bei der Stadtplanung, Stichwort: **Stadt der kurzen Wege**. Besonders begrüßen wir dabei Eigeninitiativen von BürgerInnen wie z.B. in Bartenbach. Dort haben sich Menschen zusammengeschlossen und planen auf einem städtischen Grundstück ein Mehrgenerationenhaus in Bauherrengemeinschaft. Göppingen sollte solche **zukunftsweisende** Projekte dringend fördern.

Eine **Stadt der kurzen Wege** braucht keine neuen Wohngebiete am Stadtrand auf der Streuobstwiese. Die von Frau Noller vorgelegten Pläne zur innerörtlichen Entwicklung werden von uns unterstützt ebenso der Bebauungsentwurf zum Stauferpark-Süd - übrigens das Ergebnis einer Veranstaltung von Frau Noller, den GRÜNEN und den Bürgern vom Stauferpark-Süd. Dort wo Göppingen mal eine preisgekrönte Stadtteilentwicklung hatte, haben wir übrigens genau die sozialversicherten Einwohner bekommen, die die Strategische Zielplanung fordert.

Architektur, Infrastruktur, Nachhaltigkeit, Lebensqualität und Lebensgefühl sowie Ökologie sollen untrennbar und gleichberechtigt als Grundüberlegungen in die Planungen für das Wohngebiet im Stauferpark-Süd mit einfließen. CO₂-neutrales Bauen sollte für Leute mit großem und kleinem Geldbeutel dort oben möglich gemacht werden.

Die **Stadtoasen** haben gezeigt welches Potential im **Karlstraßenquartier** schlummert. Wir begrüßen die Einstellung von 500.000 Euro für den ersten Bauabschnitt und freuen uns auf den Moment, wo Menschen ihr Quartier wieder erobern.



Und wir sind gespannt, wo die nächste Stadtoase sein könnte: Am Hochschulcampus, wo die WGG den ganzen Stadtteil durch Wohnungssanierungen aufwertet und lebenswerter macht? Oder im Stadthallenpark? Unser **Antrag auf ‚Stadtoase im Stadthallenpark‘** will Sie alle einladen sich vorzustellen, im Freien zu speisen, zu picknicken oder gar Schlittschuh zu laufen - Mitten in Göppingen. Eine Herausforderung für unser **Baudezernat**

Positiv zu vermerken ist, dass der **Bauhof** endlich mit dem nötigen Personal besetzt wird. Werden im Dezernat 1 immer mal wieder neue Mitarbeiter eingestellt, baut man im **Baudezernat** jedoch Stellen ab oder schichtet um. Kritik an nicht umgesetzten Maßnahmen ist die Folge. Das geht zu Lasten der Mitarbeiter, die dafür aber nichts können.

Auch das Kunsthallenteam muss entlastet werden - gerade vor dem Hintergrund der geplanten Chagall-Ausstellung und der Schenkung des jüngst verstorbenen Klaus Heider, dem wir viel zu verdanken haben.

Überzeugungsarbeit mussten wir auch beim **Stromnetz** leisten.

Nun haben wir es Schwarz auf Weiß: Der Kauf des Stromnetzes zeigt schon Nutzen, kaum dass wir es haben. Statt die Menschen wegen hoher Strompreise gegen die Energiewende aufzuwickeln, werden stattdessen nicht nur die privaten Haushalte Göppingens um insgesamt 3 Mio. Euro entlastet, sondern auch die Stadt um 35.000 Euro. Das zeigt wieder einmal welches Potential in der Energiewirtschaft steckt. Mit einer EVF, die in Windkraft und Photovoltaik investiert meistern wir die Energiewende - und mit all den BürgerInnen, die den Barbarossastrom beziehen!

Zur **Sanierung von Gebäuden** haben wir schon einige Anträge vorgebracht. Zum Beispiel zum **Hohenstaufen-Gymnasium**, unserem größten energiefressende Gebäude.

Wenn wir wollen, dass in unserer Stadt gebaut, saniert und ertüchtigt wird, dann müssen wir aber auch die **Häuslebauer fördern. Damit kann vieles initiiert werden und zudem ein Vielfaches an Kohlendioxid eingespart, als die Stadt dies selbst könnte. Zudem fördert es die lokale und regionale Wirtschaft.**

Weniger nur um den Wertverlust sondern um den **drohenden Verlust eines ganzen Gebäudes** geht es uns beim **Antrag zum Naturkundlichen Museum**. Eines der ältesten Gebäude unserer Stadt muss mangels Sanierung von Metallstangen zusammengehalten werden. Für eine Sanierung wären laut Stuttgarter Zeitung 8 Mio. Euro (!?) veranschlagt. Wir wissen aber auch, dass es schon vor uns kluge GemeinderätInnen gegeben hat, die 1987 einen Antrag auf Sanierung gestellt haben. **Nicht unseren, sondern den des Gemeinderats von 1987 gilt es umzusetzen.**

Von den Gebäuden zu den Menschen. Denken wir an die **Schicksale von Flüchtlingen und Flüchtlingskindern**. Gerade sie sind geprägt von Kriegserfahrungen, Gewalt und nun vorerst staatsverordnete Perspektivlosigkeit auch in ihrer neuen Heimat. Sie brauchen unbedingt eine **Anlaufstelle in der Pappelallee, so etwas wie den Spieletreff in der Innenstadt**. Die Räume dazu sind vorhanden, und engagierte Institutionen wie die SOS-Jugendhilfen arbeiten schon an kreativen Ideen. **Stadt und Landkreis sollten hier initiativ werden - oder wir als GemeinderätInnen, die hierzu Anträge stellen.**

Zu ganz anderen Menschen, welche die Not von Flüchtlingen für ihre dumpfen Parolen missbrauchen. Diese Menschen wollen ja bekanntlich wiederkommen. Und wenn wieder andere Menschen auf den Markt am Schillerplatz wollen, sollen diese das tun dürfen, auch am 12. Oktober 2014. Es kann nicht sein, dass der Markt abgesagt und die Menschen aus der Innenstadt verdrängt werden. Danke an die Einzelhändler, die nicht weggesehen haben! Göppingen ist demokratisch. Wahre Demokraten wollen nicht wegsehen, sondern friedlich und gemeinsam für ihre Ideale eintreten. Das muss möglich sein. Aber führen wir diese Diskussion nicht heute sondern regelmäßig: **Demokraten, Kirchen und Gewerkschaften und Fraktionen müssen unter der Federführung der Stadt an einen Runden Tisch.**

Die Bürgerschaft von Göppingen hat in Teilbereichen bei verschiedenen Themen und Handlungsfeldern zwischenzeitlich sehr gute Möglichkeiten, sich zu beteiligen und einzubringen. Um dies zu vertie-



fen und auszubauen, möchten wir einen Prozess in Gang bringen, der die Schaffung von **Leitlinien zur Transparenz und Beteiligung** institutionalisiert.

Wir beantragen, dass die Verwaltung - ähnlich wie in der Stadt Heidelberg - diese Entwicklung auf den Weg bringt.

Der Jugendgemeinderat vertritt als offizielles Gremium die Interessen aller Kinder und Jugendlichen in der Stadt. Seine Meinung ist daher in besonderem Maße gefragt und **sollte auch entsprechend gehört werden, wenn es um die Belange von jungen Menschen geht** - auch wenn wir diese Meinung nicht immer teilen. Neben dem Vertreter des Jugendgemeinderats als beratendes Mitglied, beantragen wir, **dass Vertreter des Jugendgemeinderats zu allen Tagesordnungspunkten des Gemeinderats und seiner Ausschüsse Anträge stellen und sprechen dürfen**. Damit wäre die Stadt Vorreiter einer längst fälligen Verbesserung der politischen Teilhabe Jugendlicher. Denn mit der von der Landesregierung geänderten Gemeindeordnung ist dies gesetzlich vorgesehen.

Die Berücksichtigung der Bedürfnisse und des Wissens von **Menschen mit Einschränkungen** ist für jegliche städtische Entwicklung unverzichtbar. Dies geschieht am besten durch direkte Beteiligung. Durch einen **Fachrat für Inklusion** können die Belange von Menschen mit Einschränkungen - besser als bisher - in die Entscheidungsprozesse einfließen.

Das Sozialgesetz ermöglicht es **Menschen mit „wesentlicher“ Behinderung**, die in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) arbeiten, auch außerhalb einer Werkstatt auf sogenannten **Außenarbeitsplätzen** tätig zu werden. **Kompliment an den Bauhof, der sich der Herausforderung gestellt hat und einen solchen Außenarbeitsplatz geschaffen hatte und den Beschäftigten jetzt sogar richtig übernommen hat.**

Wir beantragen, dass die Stadt Göppingen und ihre Eigenbetriebe in ihren Ämtern und Abteilungen die Einrichtung von sogenannten Außenarbeitsplätzen ermöglicht.

Unsere Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die für Unternehmen und für die Menschen aller Kulturen in Göppingen mit ihren Bedürfnissen das Arbeiten und Leben interessant und lebenswert machen.

Wir wollen eine Stadt für alle und dazu Konzepte des gesellschaftlichen Miteinanders entwickeln, die Umwelt, Wirtschaft und Soziales einbinden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass den schönen Worten auch Taten folgen. Hoffentlich mit ihrer Unterstützung.



Aktiver Klimaschutz durch energieeffizienten Wohnungsbau Die geplanten Neubauten im Stauferpark- Süd sollen als Passivenergiestandardhäuser im B-Plan ausgewiesen werden.

Eine wichtige Säule im Erreichen die Ziele des Klimaschutzkonzeptes Göppingen ist der ökologische Wohnungsbau. Häuser mit Passiv-Energiestandards mit ihrer neutralen bis positiven Co2 –Bilanz leisten hier einen wichtigen Beitrag.

Durch besondere bauliche Maßnahmen ist ein Passiv-Haus so sparsam, dass es lediglich 10% der Energie benötigt, die ein herkömmliches Haus verbraucht.

Das erspart nicht nur der Kommune notwendige Energieerzeugungskosten, sondern bringt den Bewohnern erhebliche Kosteneinsparungen.

Architektur, Infrastruktur, Nachhaltigkeit, Lebensqualität und Lebensgefühl sowie Ökologie sollen untrennbar und gleichberechtigt als Grundüberlegungen in die Planungen mit einfließen.

Die Ausgestaltung der Gebäude soll sein, dass sowohl für besserverdienende Bürger mit höheren Ansprüchen als auch für Leute mit „kleinerem Einkommen“ ein bauen im Stauferpark möglich ist.

Den Weiterbau unserer Stadt durch einen unabhängigen Expertenbeirat qualifizieren. Ernennung eines Gestaltungsbeirats

Gestaltungsbeiräte bringen Offenheit, Transparenz und vor allem Qualität in das Baugeschehen einer Stadt mit ein. Weil wir unser Stadtbild als Kulturgut schätzen sollten, mit dem sich Bürger identifizieren, das den Tourismus befördert und das Unternehmen als Standortfaktor gilt, ist eine unabhängige Beratungsinstanz für qualitätsvolle Architektur und Stadtplanung so entscheidend. Ihr zentrales Anliegen besteht darin, Vorhaben von städtebaulicher Relevanz zu begutachten und Empfehlungen zu formulieren. Empfehlungen, die nicht nur gestalterische Gesichtspunkte betreffen, sondern in einem ganzheitlichen Ansatz wirtschaftliche Interessen, ökologische Kriterien und den städtebaulichen Kontext für das geplante Gebäude berücksichtigen.

Nach den Empfehlungen des Bund deutscher Architekten soll ein **Gestaltungsbeirat** aus max. fünf Mitgliedern bestehen. Die Mitglieder sind Fachleute in den Gebieten Architektur, Landschaftsplanung und Städtebau. Sie besitzen die Qualifikation zum Preisrichter. Die Mitglieder des Gestaltungsbeirats sollten ihren Wohn- oder Arbeitssitz nicht im Beratungsgebiet haben. Die Mitglieder sollten zwei Jahre vor und zwei Jahre nach ihrer Beiratstätigkeit nicht im Beratungsgebiet planen und bauen.

Die Empfehlungen zu einer Geschäftsordnung für Gestaltungsbeiräte können vom BDA übernommen werden.

Das Jugendcafé Mocalino in Göppingen-Jebenhausen wird von der Stadt in der Höhe der monatlichen Miete unterstützt.

Das Jugendcafé „Mocalino“ in Göppingen-Jebenhausen erhält von der Stadt eine finanzielle Förderung in Höhe der monatlichen Kaltmiete.

Begründung:

Das Jugendcafé Mocalino bietet seit der Wiedereröffnung am 1. Dezember 2012 einen Platz für alle Generationen und ist ein attraktives Angebot für junge Menschen in Jebenhausen. Dabei ist das Jugendcafé Mocalino ein noch junges, aber einzigartiges Konzept, das die Beschäftigung und das Wohlbefinden von Jugendlichen in Göppingen fördert. Ein Projekt das Jugendarbeit und Begegnung der Generationen verbindet, Verantwortung stärkt und berufliche, wie auch soziale Kompetenzen vermittelt.

Das Jugendcafé Mocalino ist auf einem guten Weg sich zu etablieren und in eine weitere Entwicklungsphase zu treten, bei der neben dem „allgemeinen“ Cafébetrieb, die Förderung von „Kultur und Begegnung“ als konzeptionelles Element ausgebaut wird.

Ohne die Übernahme der Mietkosten durch die Stadt kann das Mocalino im nächsten Jahr nicht „überleben“.

Um dem Projekt eine mittelfristige Perspektive zu sichern, soll der jährliche Zuschuss in Höhe von 7920 € auf 3 Jahre festgeschrieben werden.

Einen technischen Mitarbeiter für die Kunsthalle

Für die Kunsthalle wird eine halbe Stelle für einen techn. Mitarbeiter geschaffen und besetzt

Alle handwerklichen Tätigkeiten die im Rahmen der Ausstellungen in der Kunsthalle anfallen, müssen bisher von den Mitarbeitern der Kunsthalle bewerkstelligt werden. Dazu zählen: Auf- und Abbau der Ausstellungen, Licht- /Elektrizitäts- Technik, Reparaturdienste an Ausstellungsräumen und -gegenständen, Reinigungsarbeiten, Anlieferung und Abtransport der Ausstellungsstücke mit aus und einpacken. Auch besitzt die Kunsthalle keinen Hausmeister der für die Räume und den Außenbereich um die Kunsthalle verantwortlich ist. Anfallende Arbeiten wie regelmäßiges Reinigen der Ausstellungsräume und der Werkräume, alltäglich anfallende Reparaturen, Kehrdienste, handwerkliche Arbeiten die u. a. für den Betrieb der Göppinger Kunstsammlung notwendig sind, müssen bisher von den Mitarbeitern geleistet werden, was nur durch eine beträchtliche Zahl an Überstunden erledigt werden konnte oder zum Teil auch an auswärtige Einrichtungen vergeben werden musste.

All diese Tätigkeiten sollen zukünftig von einer nicht kuratorisch tätigen Kraft ausgeführt werden ähnlich eines Hausmeister. Eine **halbe Stelle** ist angemessen und ausreichend.

Jährlich ca. 20 000€

Die Verwaltungsstelle der Kunsthalle Göppingen wird aufgestockt.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierungen 2010 wurde die Stelle einer Verwaltungskraft in der Kunsthalle von einer ganzen auf eine halbe reduziert. Die Arbeit in der Kunsthalle erfordert aber ein hohes Pensum an administrativen Aufgaben welches durch eine halbe Kraft nicht mehr bewerkstelligt werden kann. Bisher wurden die angefallenen Aufgaben zusätzlich auf die Mitarbeiter der Kunsthalle übertragen, die diese nur durch unzählige Überstunden erledigen konnten.

Im Hinblick auf die geplante Ausstellung Marc Chagall ist die Rückführung der Stelle notwendig.

Mehrkosten jährlich 25.000€

Flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet Marktanalyse schnelles Internet

Aufzeigen weißer Flecken
Aufstellung einer Breitbandkonzeption
Ausschreibung
Förderanträge

Klimaschutz

Lokales Förderprogramm Energetische Altbausanierung 30.000,- Euro

Umsetzung der Maßnahme M 22 des Klimaschutzkonzepts

Kurz-Beschreibung

Öffentliches Förderprogramme für private Haushalte und Kleingewerbe für besonders ambitionierte Sanierungsleistungen (z.B. Passivhauselemente):

Zuschüsse für erneuerbare Energien, Wärmeschutzmaßnahmen oder effiziente Heizungs- und Lüftungsanlagen, insb. beim Altbestand

Fördermittel kommen der lokalen und regionalen Wirtschaft zu Gute

Evaluationen von Förderprogrammen zeigen, dass mit Fördermitteln von 30 € etwa eine Tonne CO₂-vermieden werden kann. Gleichzeitig werden dadurch private Investitionen um das bis zu 8-fache pro € Fördermittel ausgelöst. Klimaschutz ist demnach eine Förderung der regionalen Wirtschaft (Ifeu et al 2009 Analyse der Potenziale und volkswirtschaftlichen Effekte einer ambitionierten Effizienzstrategie für Deutschland).

Tourismus

Bergkonzept Hohenstaufen / Zuschuss für organisatorische und Fremdkosten zur weiteren Belegung des Bergs Hohenstaufen

Christoph Weber, Keplerstr. 68, 73035 Göppingen

Fraktionsvorsitzender

Seite 6 / 12

VE 2014 / 2015 2 x 20.000,00 Euro

Inhaltliche, qualitative Aufwertung des Bergs Hohenstaufen, Aufmerksamkeit wecken
Mehrere Fremdsprachen für Audioguides, Schulklassenbetreuung, Lesungen, Tagesausflügler (kein Massentourismus)

Tourismus

Anbringung eines Außenschriftzugs „Himmel und Erde“ an der Berggaststätte (gut sichtbar) durch die Stadt Göppingen
1000,00 Euro

Tourismus

Beauftragung einer Projektentwicklung für ein Hotel am Bahnhof bzw. Barbarossathermen z. B. durch Saltico o. a.

36.000 Euro

Die Projektentwicklung soll die Standortgeeignetheit, Investor und Betreibersuche beinhalten. An den Barbarossathermen könnte ein Hotel entstehen, welches EWS-Arena, Barbarossathermen und eben Hotelbetrieb zusammenbringen würde. Ggf. würden auch Göppinger Unternehmen dafür gewonnen werden können (Göppinger Modell)

Naturkundliches Museum

Umsetzung des Sanierungsbeschlusses des Gemeinderats aus dem Jahr 1987
8 Mio. Euro

Verpflichtungsermächtigung für energetische Sanierung des Hohenstaufen-Gymnasiums **5 Mio. Euro**

Hohenstaufen-Gymnasium das Gebäude mit höchstem Energieverlusten
Ausschöpfen von Fördermöglichkeiten auf Grund des von Stadt in Auftrag gegebenes Gutachten bei Behnisch & Partner

Energetische Sanierung Mörrike-Gymnasium

Energetische Sanierung der Fensterflächen an der Westseite des Mörrike-Gymnasiums

320.000,00 Euro

Bei Fenstern auf der Westseite der größte Sanierungsbedarf weil sie am meisten der Witterung ausgesetzt sind

Annahme Fensterflächen an der Westfassade: 300 Quadratmeter, bei WHG lagen die Kosten laut Gemeinderatsvorlage bei < 1000,00 Euro/Quadratmeter

Handlungsoption 13.7 der Sozialplanung für Senioren

Sozialforum unter Einbeziehung von Trägern der Sozialhilfeplanung, Kirchen usw.

konkrete Handlungsoptionen (Wer führt die Besuchsdienste durch? Doch wohl nicht die Stadt!)
Kooperationen auf den Weg gebracht werden (die Stadt kann die Prozesse begleiten, braucht aber Träger aus Wirtschaft, Sozialhilfeplanung, Ehrenamtliche usw.)

Auf sämtlichen städtischen Parkplätzen sollen Fahrradparkplätze ausgewiesen werden. **Vor jedem öffentlichen Gebäude sollen Fahrradständer aufgestellt werden.**

Auch die Göppinger Einzelhändler sollen angehalten werden, Fahrradständer vor ihren Geschäften aufzustellen. Ebenso vor Sportstätten. Anhand einer Übersicht aller öffentlichen Einrichtungen sollen Fahrradabstellmöglichkeiten flächendeckend geschaffen werden.

Begründung:

An vielen Plätzen in der Stadt fehlt es an Fahrradabstell-Möglichkeiten. Zum Beispiel am Techn. Rathaus, EWS-Arena, Altes E-Werk, Alter Kasten, Storchen, Stauferpark, Vereinssportplätzen des SV, TV-Jahn, Turnerschaft,.....

Christoph Weber, Keplerstr. 68, 73035 Göppingen

Fraktionsvorsitzender

Seite 7 / 12

Das Fahrrad hat sich längst als beliebtes Fortbewegungsmittel etabliert. Die Nachrüstungen sind überfällig.

Durch verkehrsregelnde Maßnahmen soll die Lärmbelastung in der Ortsdurchfahrt von Jebenhausen verringert werden.

Die Ortsdurchfahrt von Jebenhausen erhält eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 30 in der Nacht

Die Lärmbelastungen, Luftschadstoffemissionen und Unfallrisiken für nicht-motorisierte Verkehrsteilnehmer sind in der Ortsdurchfahrt Jebenhausen hoch und können durch die Geschwindigkeitsreduktion von Tempo 50 auf Tempo 30 verringert werden.

Die Lärminderung durch die Verringerung der Verkehrsstärke wird kaum wahrgenommen, während durch eine Geschwindigkeitsreduktion um 20 Km/h eine deutliche hörbare Lärmreduktion (ca. Halbierung) erzielt werden kann. (Schallemission in Abhängigkeit der Verkehrsstärke nach RVS 3.02 und RLS-9).

Auch bei leichten LKWs und Bussen bewirkt eine niedrigere Geschwindigkeit eine deutliche Lärmverringerng. (Schallemission in Abh. des Anteils lärmarter Lkw gemäß RVS 3.02)

Durch die engen Fahrbahnverhältnisse in Jebenhausen sind besonders Fahrradfahrer gefährdet.

Durch ein erniedrigtes Tempo erhöht sich zudem die Sicherheit für Radfahrer, da diese gezwungen sind auf der Straße zu fahren.

Die Vorteile der verkehrsregelnden Maßnahmen sind, dass sie schnell und kostengünstig umgesetzt werden können und sie das Angebot an ruhigen und grünen Aufenthaltsräumen nicht verringern.

Fahrradreparatur-Werkstatt am/im Fahrradparkhaus

Im direkten Anschluss an das neu eröffnete Fahrradparkhaus soll eine Fahrrad-Werkstatt eingerichtet werden.

Nach dem Vorbild des Fahrradparkhauses in Münster das eine Gemeinderatsdelegation im Rahmen der EKZ- Besichtigung angeschaut hat, soll eine Fahrradwerkstatt eingerichtet werden, die auch abgestellte Fahrräder auf ihre Funktionstüchtigkeit prüft und Reparatur- Vorschläge an die Besitzer weiter gibt.

Weiterer Baustein für Fahrradfreundliche Kommune Göppingen

Alternatives Fahrradfahren in der Innenstadt

Parallel zur Marktstraße soll eine Fahrrad- Straße eingerichtet werden

Aus Rücksicht gegenüber Fußgängern müssen Fahrradfahrer in der Marktstraße absteigen und schieben. Um ein besseres Fahren mit dem Rad durch die Innenstadt zu ermöglichen, soll eine nächst gelegene Parallelstraße als Fahrrad Straße ausgewiesen werden.

Nicht allen Verkehrsteilnehmern sind die geltenden Regeln der Fahrrad- Straßen bewusst. Deshalb sollen Maßnahmen ergriffen werden, die zu einer Akzeptanzsteigerung führen. Unterstützung bietet der ADFC:

Definition Fahrradstraße:

1. Die zugelassene **Höchstgeschwindigkeit** beträgt **30 km/h**.
2. Das **nebeneinander Fahren** mit Fahrrädern **ist erlaubt**. Auch dann, wenn Kraftfahrzeuge dadurch nicht überholen können. Kraftfahrzeugführer haben dann ihre Geschwindigkeit an den Radverkehr anzupassen.
3. **Kraftfahrzeuge dürfen Fahrradstraßen nicht benutzen**, es sei denn, dies ist durch ein Zusatzzeichen angezeigt. Sind Kraftfahrzeuge zulässig, so sind sie lediglich geduldet und haben sich an den Radverkehr anzupassen. Ein Überholen ist nur zulässig, wenn ein seitlicher Sicherheitsabstand von 1,50 m eingehalten werden kann.
4. Die sonst geltenden **Vorfahrtsregeln bleiben unverändert**. Sofern nicht anders geregelt gilt nach wie vor "rechts vor links". Das heißt auch ein von rechts kommender Pkw hat in einer Fahrradstraße gegenüber Radfahrern Vorfahrt.
5. §1 der StVO gilt nach wie vor: Das **Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme**.

Anbindung Jebenhausen an die Citybuslinien

Christoph Weber, Keplerstr. 68, 73035 Göppingen
Fraktionsvorsitzender

Durch die Anbindung Jebenhausens an die Überlandbusse besteht seitens des Busunternehmens kein Interesse an einem Citybus. Die Überlandlinien sind aber fixiert auf die Schülerbeförderung und die Zuschüsse dafür, nicht aber auf die Menschen in den Wohngebieten
Die Citybusse wie z. B. die der Linien 92, 93 und 94 sind im Gegensatz dazu komfortabler, da sie dorthin fahren, wo die Menschen wohnen, sind vertaktet und meist emissionsärmer als die großen Busse.

Durchfahrverbot für Schwerlastverkehr durch den Ort Hohenstaufen

Schwerlastverkehr stellt eine Gefährdung dar wegen der vielen kleineren mit Gefälle versehenen Seitenstraßen zur Durchgangsstraße dar.

Konzept zur Ausweisung von mehr verkehrsberuhigten Zonen

Verkehrsberuhigte Zonen in der Innenstadt und in den Ortskernen schaffen ein gleichberechtigtes Nebeneinander von allen Verkehrsteilnehmern und tragen zur Entschleunigung des oftmals immer noch zu großen Durchgangsverkehrs bei.

Prüfauftrag

Winterdienst und Instandhaltung von Radwegen

Seitens der Stadtverwaltung ist in Abstimmung mit dem Betriebshof zu prüfen, wie ein Winterdienst auf nachstehend genannten Nebenstrecken organisiert werden kann:

Bad Boll – Bezgenriet

Jebenhausen – Göppingen

Jebenhausen – Faurndau

Der Radverkehr auf wichtigen Verbindungen für den Alltagsradverkehr wird zurzeit mangels Alternativen in Göppingen teilweise auf Nebenstrecken abgewickelt. In den Wintermonaten können diese Nebenstrecken oft nicht genutzt werden, da hier kein Winterdienst durchgeführt wird. Ausnahme ist hier die Nebenstrecke zwischen Schopflenberg und Jebenhausen.

Um die südlichen Stadtbezirke auch im Winter an die Kernstadt anzubinden ist ein Winterdienst auch auf den im Antrag genannten Nebenstrecken erforderlich.

Dabei ist auch zu prüfen:

Müssen Prioritätenlisten angepasst werden?

Ist geeignetes Gerät in ausreichender Zahl vorhanden?

Akteure Stadtverwaltung, Betriebshof

Kosten / Aufwand Organisatorischer Aufwand bei Stadtverwaltung

und Betriebshof und Einsatz von Mitarbeitern des Betriebshofs. Kosten von ca. 125.000 Euro wenn ein neues Unterhaltungsfahrzeug angeschafft werden muss.

(Antrag und Begründung aus „3.5 Leitprojekt: Winterdienst und Instandhaltung“ der Broschüre „Radverkehrsstrategie Göppingen“)

Bessere Berücksichtigung des Radverkehrs an Lichtsignalanlagen

Stuttgarter Straße / Christan-Grüninger-Straße

Jebenhäuser Straße / Faurndauer Straße

Ulmer Straße / Am Autohof und Ulmer Straße / Carl-Benz-Straße

An diesen Kreuzungen mit Ampelschaltung werden Radfahrer benachteiligt. Oft muss für eine einzelne Spur ein extra Signal abgewartet werden. Um dies zu ändern, darf der Kfz-Verkehr auf abgetrennten Rechtsabbiegespuren nicht gemeinsam mit dem Geradeausverkehr Grün erhalten. Es muss möglich

sein, Radfahrern ohne extra Anforderung am Stück eine ganze Kreuzung passieren zu lassen.

Schlecht

gelöst sind die Kreuzungen

Stuttgarter Straße / Christan-Grüninger-Straße

Jebenhäuser Straße / Faurndauer Straße

Ulmer Straße / Am Autohof und Ulmer Straße / Carl-Benz-Straße

Fahrradparken an der EWS-Arena

weitere Anlehnbügel im Parkbereich der Fahrradabstellplätze an der Bauminsel

Fahrrad-Piktogramme an den Seitenwänden der Bauminsel
damit Fahrradabstellplätze nicht durch Autos blockiert

Sanierung der Richard-Wagner-Straße in Faurndau

Der Filstalradweg-Nord wird über die Richard-Wagner-Straße geführt. Diese Straße ist in einem desolaten Zustand. Sobald die Gemarkung der Stadt Uhingen, Höhe Panoramastraße erreicht wird, fährt man auf einem erstklassigen Radweg.

Sanierung des Radweges an der Mörikestraße

Der Radweg an der Mörikestraße im Bereich des Mörikegymnasiums ist in einem ganz schlechten Zustand und hat nicht die in der StVO (ERA) geforderten Maße.

Nächste Stadtoase im Stadthallenpark

Park in der Mitte unserer Stadt stärker ins Bewusstsein holen
Einladung an die BürgerInnen ihren Park für sich zu erobern
Vorstellung wie es wäre mitten in Göppingen einen Biergarten zu haben
Picknicken auf einer gepflegten Wiese
Den Service einer tollen Gastronomie genießen

Kinder in der Pappelallee

Unterstützung einer sozialpädagogischen Fachkraft als Anlaufstelle für Kinder

Flüchtlingskinder leiden oftmals unter Kriegserfahrungen, Gewalt, Perspektivlosigkeit auch in ihrer neuen „Heimat“, wo sie nicht wissen wie es weitergeht. Oftmals fehlt es an Platz und sogar Spielsachen. Eine Anlaufstelle, vielleicht auch ein Spieletreff in der Pappelallee könnte den Kindern eine Anlaufstelle bieten.

Entwicklung eines Göppinger Standards für die Inklusion behinderter Kinder in Kindertageseinrichtungen in Göppingen

Die Verwaltung wird beauftragt 1

- 1. einen Leitfaden als Arbeitshilfe für die Kindertageseinrichtungen in Göppingen zu erstellen, in dem Handlungskonzepte und Verfahrensregelungen für die Aufnahme behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder in Kindertageseinrichtungen dargestellt werden.**
- 2. die Einrichtung eines Integrationsfachdienstes in Göppingen zu initiieren und zu unterstützen.**
- 3. einen Erfahrungsbericht über die berufliche Praxis der Integrationshelfer/-innen in den Kindertageseinrichtungen in Göppingen zu erstellen. Der Bericht gibt Auskunft über die berufliche Qualifikation der Integrationshelfer/-innen, ihren Arbeitsumfang, das Anstellungsverhältnis, Qualifizierungsangebote, Supervision, u. m.**

Die Inklusion behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder in Kindertageseinrichtungen ist seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention geltendes Recht und muss umgesetzt werden. Hierzu sollen Standards für die Integration behinderter Kinder in Göppinger Kindertageseinrichtungen entwickelt werden. Diese sollen in einem Leitfaden bzw. einer Arbeitshilfe für die Kindertageseinrichtungen dargestellt werden und Verfahrensschritte für alle Beteiligten – d.h. Eltern, Kind, Kindertageseinrichtung, Träger, Integrationsfachkraft, Frühförderstelle sowie weiterer Beteiligter erläutern und verbindlich festlegen. Außerdem soll die Einrichtung eines Integrationsfachdienstes initiiert und unterstützt werden, um die Suche nach geeigneten Integrationskräften zu optimieren und das Anstellungsverhältnis für die Integrationskräfte zu verbessern bzw. auch rechtlich sicher zu gestalten.

Verbesserung der Partizipation des Jugendgemeinderats

Christoph Weber, Keplerstr. 68, 73035 Göppingen
Fraktionsvorsitzender



Der Jugendgemeinderat erhält zum 1.1.2014 das Recht, zu allen Tagesordnungspunkten des Gemeinderats und der Ausschüsse zu sprechen und Anträge zu stellen

Die Landesregierung plant, die Gemeindeordnung zu ändern. Es ist damit zu rechnen, dass die geänderte Fassung spätestens Ende 2013 in Kraft tritt. So lange wollen wir jedoch nicht warten. Denn der Jugendgemeinderat vertritt als offizielles und gewähltes Gremium die Interessen aller Kinder und Jugendlichen in Göppingen. Seine Meinung ist daher in besonderem Maß wichtig und sollte auch gehört werden. Bislang sind Vertreter des Jugendgemeinderats nur als beratendes Mitglied in einigen Ausschüssen zugelassen und dürfen selbst keine Anträge stellen. Damit können sie jedoch ihrem Auftrag nicht in vollem Umfang gerecht werden. Für eine vollwertige Interessenvertretung müssen die Jugendlichen auch Anträge stellen können

Gegenseitiges Vertretungsrecht der Fraktionsmitglieder des Gemeinderats Die Hauptsatzung der Stadt Göppingen wird dahingehend geändert, dass gemeinderätliche Mitglieder in den Ausschüssen durch jedes Mitglied dieser Fraktion vertreten werden können mit dem vollen Umfang an Rechten.

Durch die zunehmende zeitliche Belastung der Mitglieder des Gemeinderats der Stadt Göppingen passiert es häufiger, dass Mitglieder an Sitzungen nicht teilnehmen können und auch keine Vertretung teilnehmen kann, da bisher nur ein Vertreter zugelassen ist. Diese Regel sollte verändert werden, damit im Notfall auch ein anderes Fraktionsmitglied an einer Sitzung teilnehmen kann. Auch passiert es immer häufiger, dass Sitzungen sehr kurzfristig stattfinden und daher mehr Flexibilität von den Ratsmitgliedern erwartet wird.

Dies sollte jedoch auch bei der Teilnahme berücksichtigt werden.

Leitlinien zur Bürgerbeteiligung

Die Verwaltung wird beauftragt einen Prozess zur Schaffung von Leitlinien und der konkreten Umsetzung einer gestaltenden Bürgerbeteiligung einzuleiten. Dies soll zusammen mit externen Fachleuten und Vertretenden aus Bürgerschaft und Organisationen erfolgen.

Die Bürgerschaft von Göppingen hat in Teilbereichen bei verschiedenen Themen und Handlungsfeldern zwischenzeitlich sehr gute Möglichkeiten sich zu beteiligen und einzubringen. Das gemeinsame Verständigen auf Leitlinien und deren Umsetzung wird Beteiligung in verschiedenster Art und Weise institutionalisieren sowie Transparenz und frühzeitige Information weiter verbessern. Durch klare Verfahren und dem rechtzeitigen Abwägen bei zukünftigen Entscheidungen, ob und in welcher Art eine Beteiligung sinnvoll

ist, wird die Entscheidungsfindung bereichert und zu einem besseren Verständnis aller Beteiligten beigetragen.

Die Stadt Heidelberg geht diesen Weg. Zur Vorbereitung und weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema liegen dazu zusammengefasste Informationen in der Anlage bei. Ausführlichere Informationen wie zum Beispiel die ausformulierten Leitlinien, Rückmeldungen, Ablaufdiagramm, Musterentwurf Vorgabenliste und anderes mehr unter

www.heidelberg.de/buergerbeteiligung

Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Einschränkungen

Gründung eines Fachrats für Inklusion

Damit die Belange von Menschen mit Einschränkungen in allen Entscheidungen der Stadt berücksichtigt werden, richtet die Stadtverwaltung einen „Fachrat für Inklusion“ ein.

Die Berücksichtigung der Bedürfnisse und des Wissens von Menschen mit Einschränkungen ist für jegliche städtische Entwicklung unverzichtbar. Dies geschieht am besten durch direkte Beteiligung. Durch einen Beirat für Menschen mit Einschränkungen können deren Belange, besser als bisher, in die Entscheidungsprozesse einfließen. Als unabhängiges Beratergremium, wie in vielen Städten erfolgreich praktiziert, ist der Beirat in den entsprechenden Ausschüssen vertreten. Er ist damit kontinuierlich informiert und kann auf Dinge hinweisen, die auf Grund der Zusammensetzung des Gemeinderates eventuell weniger berücksichtigt werden. Eine bessere Einbindung, verstärkter Informationsaustausch und Wissensweitergabe an Fraktionen und Verwaltung wird damit gewährleistet und ausge-

Christoph Weber, Keplerstr. 68, 73035 Göppingen

Fraktionsvorsitzender

Seite 11 / 12

baut. Das Gremium wäre auch ein wichtiger Partner für Initiativen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Schaffung von weiteren Außenarbeitsplätzen

Die Stadt Göppingen und ihre Eigenbetriebe ermöglichen in ihren Ämtern und Abteilungen die Einrichtung von sogenannten Außenarbeitsplätzen für Mitarbeitende aus Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM). Sie informiert die WfbMs in regionaler Nähe über die grundsätzliche Bereitschaft und benennt eine Kontaktperson.

Das Sozialgesetz ermöglicht es Menschen mit „wesentlicher“ Behinderung, die in einem sogenannten arbeitnehmerähnlichen Beschäftigungsverhältnis in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) arbeiten, auch außerhalb dieser auf sogenannten Einzel- Außenarbeitsplätzen tätig zu werden. Außenarbeitsplätze können für Menschen, die (noch) nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt arbeiten können, eine gute Ergänzung oder Alternative zur Arbeit in einer WfbM sein. Sie sind ein wichtiger und zwischenzeitlich

bewährter Faktor für gelebte Integration und Inklusion. Die Erfahrungen zeigen eine hohe Akzeptanz und einen persönlichen Gewinn für alle Beteiligten. Arbeitsplätze sind in beinahe allen Bereichen vorstellbar. Über unterstützende Tätigkeiten in Büro und Verwaltung bis zu Landschaftsbau, Kindertagesstätten und Pflegeheimen. Die Beschäftigten arbeiten ohne ständige Betreuung durch die Werkstatt. Im Anschluss an ein zeitlich begrenztes kostenloses Praktikum bezahlt der Betrieb ein Entgelt für die Leistung auf dem Außenarbeitsplatz. Gegebenenfalls kann daraus auch irgendwann ein sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplatz werden. Die Werkstattbeschäftigten bleiben weiterhin Beschäftigte der WfbM und können jederzeit dorthin zurück. Natürlich werden sie auch auf dem Außenarbeitsplatz soweit erforderlich betreut oder können an Angeboten der Werkstatt teilnehmen.

Bericht über Personalsituation in den Kindertagesstätten

Teams werden größer

Größerer Dokumentations- und Verwaltungsaufwand

Höhere Anspruchshaltung an eine Kindertagesstätte

Mehr Verantwortung für die Leitungen; *werden diese für ihre Leitungsfunktion ausreichend freigestellt?*

Gibt es einen Fachkräftemangel?